



SOLIDARITÄT MIT MENSCHEN IN NOT – HUMANITÄR UND RECHTSTAATLICH

Michael Neumann | Senator für Inneres und Sport

In Hamburg herrscht eine traditionell große Hilfsbereitschaft, die Flüchtlingen zu Gute kommt, die aufgrund von Krieg, Gewalt und Unterdrückung ihre Heimat verlassen müssen. Das galt in den 90er Jahren etwa für Menschen, die vor dem Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien flohen. Und das betrifft aktuell zum Beispiel diejenigen, die aus dem Krisenherd Syrien nach Hamburg kamen und hier auf ein beeindruckendes bürgerschaftliches Engagement stoßen. Dieser Einsatz der Hamburgerinnen und Hamburger – und nicht zuletzt vieler Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten – ist gelebte Solidarität, für die ich dankbar bin.

In Deutschland werden aller Voraussicht nach im Jahr 2013 mehr als 120.000 Menschen mit Flüchtlingsschicksalen aus Ländern wie Afghanistan, Syrien, Ägypten, Irak, Iran und vielen andern Staaten Asyl beantragen oder in sonstiger Weise Schutz vor Verfolgung suchen. In Hamburg wurden im vergangenen Jahr 2.195 Asylanträge gestellt, im laufenden Jahr waren es bis Ende Oktober bereits rund 2.500. Für die Versorgung der Flüchtlinge wendet allein die Hamburger Innenbehörde in diesem Jahr rund 8 Millionen Euro auf.

In allen Fällen stellen die Flüchtlinge Anträge bei den Behörden. Ihre Anträge werden aufgenommen, ihre Identitätsdaten anhand von Ausweispapieren oder entsprechend persönlicher Angaben festgehalten, und sie schildern ihr Verfolgungsschicksal. Für die Dauer des Verfahrens werden die Flüchtlinge öffentlich untergebracht, medizinisch versorgt und gepflegt, auch finanzielle Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz werden ihnen gewährt. In Hamburg durchlaufen derzeit mehr als 300 Menschen pro Monat dieses rechtsstaatlich gebotene Verfahren, das sich hunderttausendfach bewährt hat.

Seit Frühjahr 2013 halten sich in Hamburg zwischen 150 und 300 afrikanische Flüchtlinge auf. Sie geben an, aus Libyen kommend über Italien den Weg nach Hamburg gefunden zu haben. Aus der Anonymität heraus fordert man, dass ausnahmslos alle Betroffenen eine Aufenthaltserlaubnis und eine Arbeitserlaubnis in Hamburg erhalten. Das Bleiberecht soll aus humanitären Gründen gewährt werden, ohne dass die individuellen Umstände der einzelnen Flüchtlinge geprüft werden sollen.

Als Senat sehen wir keine rechtlichen Möglichkeiten, dieser Forderung nachzukommen, zumal die Männer offenbar in Italien Zuflucht gefunden hatten und dort bereits humanitäre Aufenthaltstitel und eine Arbeitserlaubnis erhalten haben. Ob ihnen ein Bleiberecht gewährt werden kann, kann letztlich nur im Rahmen einer Einzelfallprüfung durch die Behörden entschieden werden, die gerichtlich und

auf ein Bleiberecht gestellt, wird den Betroffenen der weitere Aufenthalt für die Dauer des Verfahrens gewährleistet. Sie kommen damit aus der Illegalität heraus. Auch wenn ein Bleiberecht nicht möglich ist, wird bei Personen, die wegen eines bewaffneten Konflikts im Heimatland einer erheblichen Gefahr für Leib und Leben ausgesetzt sind, von einer Rückführung abgesehen.



parlamentarisch überprüfbar ist. Rechtsgrundlage für die Entscheidungen sind in allen Fällen Bundesgesetze, auf deren Ausgestaltung Hamburg nur wenig Einfluss hat. Ich habe dazu mehrere intensive Gespräche mit Vertretern der Nordkirche geführt. Zudem gab es Gespräche hochrangiger Vertreter der Innenbehörde mit Sprechern der Flüchtlinge. Dabei ging es nicht zuletzt um die Rechtslage im Allgemeinen und bezogen auf Einzelpersonen. Auch Bischöfin Kirsten Fehrs und die Kirchengemeinde St. Pauli appellieren inzwischen an die einzelnen Betroffenen, sich auf das ausländerrechtliche Verfahren einzulassen.

Noch so schwierige Einzelschicksale berechnen nicht dazu, nationale und europarechtliche Regeln zu ignorieren und zu unterlaufen. Es gibt keinen rechtlichen Spielraum: Der Senat kann nicht Männern mit unbekanntem Namen und unbekanntem Fluchtschicksalen ein Aufenthaltsrecht gewähren.

Selbstverständlich steht den Betroffenen offen, sich anwaltlich beraten zu lassen. Ebenso garantiert unser Rechtsstaat, dass Entscheidungen der Hamburger Ausländerbehörde oder des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge durch Gerichte überprüft werden können. Wird ein Antrag

Mittlerweile melden sich regelmäßig Betroffene, die sich freiwillig den Behörden offenbaren. Tag für Tag wenden sich weitere Männer an die Ausländerbehörde, beantragen eine Aufenthaltserlaubnis und erhalten Duldungspapiere und das Angebot einer Unterkunft. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt dem Engagement der Nordkirche und der Überzeugungskraft der Bischöfin Kirsten Fehrs zu verdanken.

Seiner Tradition entsprechend zeigt Hamburg seit jeher – und gerade in diesen Tagen steigender Flüchtlingszahlen – seine Solidarität mit Menschen in Not. Der Senat steht für diese humanitäre Haltung, indem wir uns auf Bundesebene zum Beispiel für großzügige Aufnahme- und Abschlusssysteme für syrische Flüchtlinge, die Abschaffung von Kettenduldungen und die Hinnahe von Mehrstaatigkeit einsetzen. Allein in den vergangenen drei Monaten hat Hamburg rund 1.000 neu angekommene Asylsuchende aufgenommen und untergebracht. Humanität wird also gelebt. Grundlage des Handelns der Behörden können aber nur die demokratisch beschlossenen Gesetze sein. Und diese Gesetze geben eine pauschale Gewährung eines Bleiberechts nicht her.

REGIONALKONFERENZ ZUM STAND DER KOALITIONS- VERHANDLUNGEN

mit dem
SPD-Bundesvorsitzenden
SIGMAR GABRIEL
am 3. Dezember | 19.30 Uhr
im Curio-Haus
Rothenbaumchaussee 11
(mehr dazu unter
der Rubrik Termine)





Liebe Genossinnen und Genossen,

die SPD kann in einer Regierung mehr gestalten als in der Opposition. Deshalb verhandeln wir seit mehreren Wochen intensiv mit den Unionsparteien. Wir wollen in unserem Land gerechte Löhne für Männer und Frauen, Investitionen in Bildung und Betreuung und die Erneuerung und den Ausbau der Infrastruktur durchzusetzen. Das sind Anliegen der SPD, die übrigens auch bei den meisten Bürgerinnen und Bürgern Unterstützung finden. Die Bürgerinnen und Bürger hoffen, dass wir uns in den Verhandlungen durchsetzen.

Die dritte große Koalition in Deutschland nach 1966 und 2005 ist keine Selbstverständlichkeit. Es kommt darauf an, was im Koalitionsvertrag steht.

Ende November werden die Verhandlungsergebnisse aus den Koalitionsgesprächen vorliegen. Dann müssen wir das Ergebnis bewerten. Wir haben uns entschieden, den Entwurf des Koalitionsvertrages auf breiter Basis zu diskutieren. Dazu finden in allen Bundesländern Regionalkonferenzen statt. In Hamburg werden wir am 3. Dezember dazu einladen und euch die Gelegenheit bieten, mit dem Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel über die Verhandlungsergebnisse zu sprechen. Kurz darauf haben alle Mitglieder die Möglichkeit, per Briefwahl über den Vertrag abzustimmen. Das ist für die gesamte Partei eine große logistische und finanzielle Herausforderung und nur durch die Unterstützung von über 300 ehren- und hauptamtlichen Mitgliedern möglich. Damit wir am Ende ein tragfähiges Ergebnis haben, müssen sich möglichst viele an dem Mitglieder-votum beteiligen. Deshalb bitte ich euch, macht mit!

Euer


Olaf Scholz

KNUT FLECKENSTEIN MIT GROSSER MEHRHEIT FÜR EUROPAWAHL NOMINIERT

Die SPD Hamburg hat auf ihrem außerordentlichen Landesparteitag am 1. November 2013 im Bürgerhaus Wilhelmsburg Knut Fleckenstein für die Bundesliste zur Wahl des Europäischen Parlaments nominiert. Die 300 Delegierten stimmten mit beeindruckender Mehrheit für den Kandidaten Fleckenstein. Auf ihn entfielen 288 von 299 gültigen Stimmen, was einer Zustimmung 96,3 Prozent entspricht. Knut Fleckenstein, der seit 2009 Hamburgs Interessen im Europäischen Parlament vertritt, ist Mitglied im Verkehrsausschuss. Außerdem ist er Berichterstatter für das sogenannte Port Package III, ein Gesetzgebungspaket, welches große Bedeutung u. a. für unseren Hamburger Hafen hat.

In seiner Nominierungsrede bilanzierte Fleckenstein seine Tätigkeit in Brüssel und warnte vor einer Renationalisierung auf europäischer Ebene: „Nichts ist unumkehrbar, auch nicht die Europäische Union. Aber eine Renationalisierung wäre ein sicherer Rückschritt. Wir werden die drängendsten Probleme – Klimaschutz, Migration, Handel, Währungsfragen, Finanzmarktregulierung – nicht lösen können, wenn wir uns wieder in unsere Einzelteile zerlegen. Nicht die Idee der Europäischen Union ist überholt oder gar schlecht, sondern das Management der konservativen Mehrheit im Rat und in der Kommission ist derzeit miserabel“, so Fleckenstein. Auch mit Blick auf die Europawahl im

& Demokraten im Europäischen Parlament Hannes Swoboda zu den Delegierten.

In einem weiteren Wahlgang wurde der Kreisvorsitzende der SPD Altona Mathias Petersen mit



Europaabgeordneter Knut Fleckenstein bei seiner Nominierungsrede

89,1 Prozent in den Landesvorstand gewählt. Auf Petersen entfielen 229 von 257 gültigen Stimmen. Er tritt die Nachfolge von Melanie Schlotzhauer an, die Anfang des Jahres als Kreisvorsitzende in Altona zurückgetreten war und auch aus dem Landesvorstand ausschied.

ANTRAG ZUR FLÜCHTLINGSPOLITIK

Bei der Antragsberatung stand die Flüchtlingspolitik im Mittelpunkt. Der Parteitag beschloss einstimmig einen von Landesvorstand und Fraktion vorbereiteten Initiativantrag, in dem sich die Hamburger SPD hinter die gleichermaßen humanitäre sowie rechtsstaatliche Flüchtlingspolitik des Senats stellt, für einen weiterhin zügigen Ausbau von Flüchtlingsunterkünften stark macht und dem Senat dabei Unterstützung zusichert, Flüchtlingen mit Aufenthaltsperspektive bessere Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Zudem fordert der Beschluss die Bundesregierung dazu auf, sich auf EU-Ebene für die Einhaltung und Durchsetzung europäischer Mindeststandards bezogen auf humanitäre wirtschaftliche, gesundheitliche und Wohnungssituation von Flüchtlingen in allen Mitgliedsstaaten einzusetzen.

Mit dem Beschluss setzt sich die Hamburger SPD weiter dafür ein, eine menschenrechtskonforme Flüchtlingspolitik in der EU voranzubringen, einschließlich eines solidarischen Ausgleichs und einer fairen Verantwortungsteilung. Außerdem beschloss der Landesparteitag, sich dem Thema Verkehrspolitik in einem gesonderten Parteitag im kommenden Jahr zu widmen.

(lba) ■



Hannes Swoboda, Vorsitzender der S&D-Fraktion, spricht zu den Hamburger Delegierten

kommenden Jahr sprach sich Fleckenstein dafür aus, weniger die nationalen Themen in den Mittelpunkt zu stellen. Er warb für einen engagierten Wahlkampf und sagte, es müsse endlich eine EU-weite Debatte um europäische Themen angestoßen werden. Im Anschluss an die Rede von Knut Fleckenstein sprach als Gastredner der Vorsitzende der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten

Berlin direkt

MIT DER SPD: ABRÜSTUNG UND RÜSTUNGS-KONTROLLE

von Niels Annen, MdB

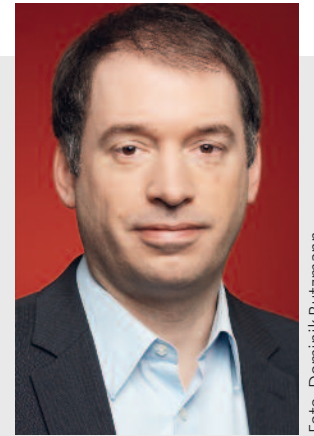


Foto: Dominik Butzmann

Die Koalitionsverhandlungen mit CDU und CSU sind in vollem Gange. Nicht immer sind sie bisher konfliktfrei verlaufen, dennoch haben wir bereits wichtige Punkte durchsetzen können. Uns allen ist klar: Kompromisse werden vermutlich notwendig werden – gleichwohl ist für uns die Einführung eines gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohns nicht verhandelbar und eine zwingende Voraussetzung für eine Große Koalition. In anderen Bereichen konnten wir gute Verhandlungsergebnisse erzielen: Im Wahlkampf haben wir uns für eine aktive Friedenspolitik und die Begrenzung von Rüstungsexporten eingesetzt. Wie dringend nötig eine neue Außenpolitik ist, zeigt der Blick in unsere europäische Nachbarschaft, denn die instabile Lage in Nordafrika und der Krieg in Syrien betreffen uns unmittelbar. Doch anstatt sich engagiert für eine politische Lösung der Konflikte einzusetzen, hat sich die noch amtierende Bundesregierung nicht nur

politisch ins Abseits begeben. Schlimmer noch, sie hat in Abkehr von der bisherigen Politik Rüstungsgüter und Kriegswaffen in Krisenregionen exportiert und dies mit der Förderung der regionalen Stabilität begründet.

Die SPD hat in den Verhandlungen mit der Union ein Ende dieser Praxis durchgesetzt und dafür gesorgt, dass die restriktiven Rüstungsexportrichtlinien aus der ersten rot-grünen Regierung wieder verbindlich gelten. Ergänzt haben wir diese Richtlinien um klarere Regeln für den Verkauf von Kleinwaffen. Auch die Rechte des Parlaments haben wir in dieser Frage entscheidend gestärkt: Zukünftig muss die Bundesregierung den Deutschen Bundestag unmittelbar nach einer Exportentscheidung unterrichten. Die Praxis der Rüstungsexporte wird diese neue Regelung grundlegend verändern, da auch die Öffentlichkeit in Zukunft zweimal und nicht nur einmal im Jahr durch einen umfassenden Bericht informiert werden

wird. Darüber hinaus haben wir erfolgreich auf eine bessere Kontrolle von privaten Sicherheitskräften gedrängt und die Versuche der Union auf Einschränkung des Parlamentsvorbehaltes bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr abgewehrt.

Eine Regierung unter unserer Beteiligung wird sich darüber hinaus wieder aktiv für weltweite Abrüstung und Rüstungskontrolle einsetzen. Auch im Bereich der Menschenrechts- und Entwicklungspolitik konnten wir in den Verhandlungen wichtige Akzente setzen und die einseitige Orientierung von FDP-Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel auf die Kooperation mit der Privatwirtschaft beenden. ■

TERMINE

28. November, 19.30 Uhr

Kurs Europa:

GUTE ARBEIT IN EUROPA

mit den Europaabgeordneten **Knut Fleckenstein** und **Jutta Steinruck**, Sozialsenator **Detlef Scheele** und **Sabine Steppat**, MdHB
Kaisersaal im Rathaus
Anmeldung an
info@spd-fraktion.hamburg.de

2. Dezember, 19 Uhr

ASF Hamburg

(OFFENE) LANDESFRAUENKONFERENZ:

„GROSSE KOALITION:

FORTSCHRITT IN DER FRAUENPOLITIK?“

anschl. Weihnachtsfeier der ASF
Kurt-Schumacher-Allee 10

10. Dezember, 18 Uhr

AfA Hamburg

POLITISCHES KAMINGESPRÄCH:

TARIFVERTRÄGE IN ZEITEN

DEMOGRAFISCHEN WANDELS

mit **Uwe Grund**, Vorsitzender

DGB Hamburg

Kurt-Schumacher-Allee 10

15. Dezember, 11–13 Uhr

BUNDESPOLITISCHER FRÜHSCHOPPEN

mit **Johannes Kahrs**, MdB

Ständige Vertretung

Stadthausbrücke 1–3

Anmeldung an johannes@kahrs.de

15. Januar, 19.30 Uhr

OLAF SCHOLZ IM GESPRÄCH

Stadtteilschule Humboldtstraße

Humboldtstraße 89

17. Januar, 18 Uhr

Kreis Altona:

GRÜNKOHLESSEN

MIT SIGMAR GABRIEL (angefragt)

Werkskantine der Holsten-Brauerei

Eintritt: 15 Euro

Tickets ab 1. Dezember 2013

im Kreisbüro Altona

Weitere Termine unter

www.spd-hamburg.de

2. Februar, 11.30 Uhr

Die Hamburger SPD-Fraktion lädt zum

NEUJAHRSEMPFANG

im Festsaal des Hamburger Rathauses

Einlass ab 10.30 Uhr

u. a. mit **Olaf Scholz** und **Stephan Weil**, Niedersächsischer Ministerpräsident

Eine Anmeldung ist erforderlich bis zum 26. Januar – per Fax unter 040-4 28 31-2435 oder

E-Mail info@spd-fraktion.hamburg.de

REGIONALKONFERENZ MIT SIGMAR GABRIEL ZU KOALITIONSVERHANDLUNGEN

Der SPD-Parteikongress hat am 20. Oktober 2013 mit einer Mehrheit von 86 Prozent der Stimmen beschlossen, dass die SPD mit der CDU/CSU über die Bildung einer großen Koalition verhandelt. Verständlicherweise führt diese Entscheidung zu starken Diskussionen innerhalb der Partei.

Diese Koalitionsverhandlungen sind in den vergangenen Wochen vorangeschritten und dauern derzeit an. Klar ist, es handelt sich um keine politische Liebesheirat. Die an den Gesprächen seitens der SPD Beteiligten verhandeln auf Grundlage des SPD-Regierungsprogramms. Der Koalitionsvertrag wird eine deutlich sozialdemokratische Färbung haben. Anhand der Verhandlungen beispielsweise um Mindestlohn, Mietpreisbremse und aber auch beim Thema Entgeltgleichheit wird das sehr deutlich.

Noch vor Aufnahme der Koalitionsverhandlungen haben wir auf einen Parteikongress entschieden, dass wir den ausgehandelten Koalitionsvertrag allen Mitgliedern zur Abstimmung vorlegen. Dieses Vorgehen ist bisher in der Geschichte der politischen Parteien in der Bundesrepublik einzigartig.

Sei dabei und beteilige Dich! Wenn Du Fragen rund um den Koalitionsvertrag, die Regionalkonferenz oder das Mitgliedervotum hast, dann wende Dich an Dein Kreisbüro oder an die SPD-Landesorganisation.

Um über die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen zu diskutieren, kommt Sigmar Gabriel zur Regionalkonferenz nach Hamburg.

Regionalkonferenz mit Sigmar Gabriel am 3. Dezember | 19.30 Uhr im Curio-Haus | Rothenbaumchaussee 11

Wie geht es dann weiter? Das Votum der Mitglieder zur Koalitionsvertrag erfolgt per Briefwahl.

Alle SPD-Mitglieder bekommen den Stimmzettel an ihre Adresse zugesandt. Das Verfahren ist also ähnlich wie bei der Briefwahl zur Bundestagswahl. Das Mitgliedervotum wird gültig und verbindlich sein, wenn sich mindestens 20 Prozent aller Mitglieder beteiligen. Das Votum ist dann selbstverständlich bindend! Das zeitliche Ziel lautet, ein bundesweites Ergebnis des Mitgliedervotums am Wochenende 14./15. Dezember veröffentlichen zu können. (dker)



UNTERM WEIHNACHTSBAUM: DAS HÖRBUCH „150 JAHRE SPD“

Als ein besonderes und geschichtsträchtiges Weihnachtsgeschenk empfehlen wir das Hörbuch „150 Jahre SPD“. Das Jahr 2013 stand im Zeichen unseres Jubiläums – 150 Jahre SPD. Für die SPD Hamburg war es ein Anlass, mit einem Hörbuch neue Wege in der Geschichtsbetrachtung zu beschreiten.

Geschichtliches, Anekdotisches und auch das, was man bisher nur munkeln gehört hat – zum Beispiel, wie das damals wirklich war mit der Entscheidung für die Hafencity, all das gibt das Hörbuch preis. Zeitzeugen aus der Geschichte und Gegenwart geben der Hamburger Sozialdemokratie eine Stimme.

Das Hörbuch ist sicher nicht nur für Mitglieder eine schöne zeitgeschichtliche Dokumentation über unsere Stadt und das Wirken der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.



Das Hörbuch besteht aus 3 CDs und kostet nur 15 Euro. Es ist erhältlich im

**Kurt-Schumacher-Haus
Kurt-Schumacher-Allee 10
Telefon 040-28 08 48-0**

FRAGEN? SORGEN? PROBLEME?

*WIR SIND FÜR SIE DA!
DAS SPD-BÜRGERBÜRO*

Kurt-Schumacher-Allee 10
20097 Hamburg
Telefon 28 08 48 32

Dienstag, Mittwoch,
Donnerstag
jeweils 14–16 Uhr

Wir wünschen allen Genossinnen und Genossen ein besinnliches und friedliches Weihnachtsfest. Rutscht gut ins Neue Jahr!

Impressum

Herausgeber
SPD-Landesorganisation
Hamburg

V.i.S.d.P.
Tim O. Petschulat

Redaktion
Lars Balcke (lba)
Doreen Kerinnis (dker)

Redaktionsschluss für die kommende Ausgabe
10. Januar 2014

Anschrift
Kurt-Schumacher-Allee 10
20097 Hamburg